

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummern: 25241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich in Dresden und Vororten bei postamtlicher Zustellung (per Bahn und Post) 4,00 M., monatlich 1,40 M.
Anzeigen-Preise: Die einspaltige 27 mm breite Zeile 25 Pf. Verlags- und Anzeigen-Nummern nach
Gesetz und Verordnungen d. Reichs, 20. 11. 1918. — Druck: 10 Pf.

Verlag und Druckerei:
Mariestraße 28/40.
Druck u. Verlag von Friedrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nummer 19 306 Leipzig.

Redaktion am mit deutscher Casernenstraße („Dresdner Nachr.“) möglich. — Einreichung Geschäftsbriefe werden nicht angenommen.

Wilson über den Völkerbund.

Ein Tag der Erinnerung.

Dreißig Mal hat das deutsche Volk seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. am 27. Januar Kaisers Geburtstag gefeiert und sich unter seiner Regierung 20 Jahre lang eines gesegneten, mit einer Fülle reichen Wohlstands ausgezeichneten Friedens erfreut. In den letzten vier Jahren umstobten und die Stürme des Weltkrieges, dessen Ausgang den Zusammenbruch der deutschen militärischen und wirtschaftlichen Macht brachte. Daran schloß sich die Umwälzung im Innern und der Sturz sämtlicher deutscher Dynastien, so daß wir heute auf ein großes nationales Trauerfeld blicken, auf dem wir tiefebeugt, aber doch nicht in innerer Seele gedrohen, nicht im besten Kerne unseres Wesens zermüdet, sondern von der Hoffnung auf eine bessere Zukunft befeuert, nach den Bausteinen zur Errichtung eines neuen dauerhaften Reichsgewandes umhersehen. Das neue Deutschland wird nicht im Zeichen des Kaiserturns stehen, das bisher die deutsche Einheit, Macht und Größe verkörperte. Die deutsche Kaiserkrone ist in den Staub gesunken, und der Kaiser selbst weilt fern von der Heimat auf fremdem Boden, in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt, überwacht wie ein Gefangener. An die grundtiefende, ungeheure Tragik, die sich im Schicksal Kaiser Wilhelms II. offenbart, denken wir am heutigen Tage und legen uns aufs neue die Frage vor, wie die Katastrophe so jählings hereinbrach, wie ein Derrichter, dessen Thron für unabsehbare Zeitläufte gesichert schien, so rasch entwürzelt werden konnte. Dieses Ende, dessen ursächliche Zusammenhänge an dieser Stelle bereits bei der Abhandlung des Kaisers eingehend gewürdigt wurden, ist um so erschütternder und seine tragische Wucht ist um so mehr auf die Seele, je zweifelloser es ist, daß Wilhelm II. stets das Beste für sein Land und Volk gewollt hat, und daß er stets von den lautesten Absichten für das allgemeine Wohl geleitet worden ist. Zumal seine Friedensliebe hat immer im Vordergrund aller seiner Ziele und Bestrebungen gestanden und seiner gesamten Regierungstätigkeit eine ausgeprägte Eigenart verliehen.

Dieser gute friedliche Wille des Kaisers muß auch bei der Beurteilung der Anklagen, die von der Entente wegen der Schuld am Kriege gegen ihn erhoben werden, in erster Linie in Betracht gezogen werden. Dafür, daß eine Verletzung unglückseliger Verhältnisse im Auslande im Widerspruch mit den Tatsachen die Vorherrschaft zu erwecken vermochte, als sei die deutsche Politik kriegerisch gerichtet, kann der Kaiser nicht verantwortlich gemacht werden. Es kommt lediglich darauf an, was er in Wirklichkeit gewollt hat, und nach dieser Richtung ist durch unumstößliche Zeugnisse bewiesen, daß Wilhelm II., getreu seiner gesamten Friedenspolitik, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit sich bemühte, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern. Von den vielen überzeugenden Dokumenten dieser Art sei hier insbesondere eines erwähnt, das von dem belgischen Gesandten in Petersburg stammt und in dem es heißt: Bericht vom 20. Juli 1914 an die belgische Regierung: „Undenkbar bleibt, daß Deutschland sich hier ebenso wie in Wien bemüht hat, ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden“. Angeht es die zahlreichen Zeugnisse, welche die christliche Friedensliebe des früheren Kaisers erhärten, wird es den Anwälten des Verbandes nicht gelingen, Wilhelm II. eine Schuld am Weltkriege aufzubürden. Ebenso nutzlos sind auch die weiteren Anklagen, für die ihn die Allierten zur Rechenschaft ziehen wollen und die darin gipfeln, daß er gewisse angeblich völkerrechtswidrige Handlungen der deutschen Truppen, wie die Verdrängungen in Belgien und Nord-Frankreich, entweder direkt befohlen oder doch nicht verhindert habe. Die Entente verlangt wegen dieser angeblichen „Verbrechen“ des Kaisers dessen Auslieferung von Holland, um ihn vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen, der wahrscheinlich seine Verbannung — nach Argenteuil, heißt es neuerdings — beschließen würde. Die holländische Regierung hat sich bisher diesem Ansturm handhaft widersetzt und es steht dabei das Recht in jeder Hinsicht auf ihrer Seite; denn der Kaiser ist nach seiner Abbanlung einfacher deutscher Staatsbürger, der im neutralen Auslande lediglich der Internierung unterliegt, dessen Auslieferung aber nach Völkerrecht nicht gefordert werden kann. Allerdings ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Entente die Haager Regierung solange bedrängt, bis ihr nichts weiter übrig bleibt, als den Kaiser auszufordern, das holländische Staatsgebiet zu verlassen. Dann würde nur die Rückkehr des Kaisers nach Deutschland in Frage kommen und eine Auslieferung wäre ebenfalls unmöglich, da kein deutscher Staatsbürger an eine fremde Regierung zur Befragung oder Verfolgung ausgeliefert werden darf, laut § 9 des Reichsstrafgesetzbuches. Sollte alsdann der Verband Befragung des Kaisers durch ein deutsches Gericht verlangen, so stünde dem § 2 des Reichsstrafgesetzbuches entgegen, der bestimmt, daß eine Handlung nur dann mit Strafe belegt werden kann, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Für die angeblich schuldhaften Handlungen aber, die unsere Feinde dem Kaiser zur Last legen, hat das deutsche Strafgesetzbuch bislang keine Strafandrohung gestellt.

In übrigen befindet sich die Entente mit ihrem Verbrechen, den Kaiser einer strafrechtlichen Verantwortung zu unterstellen, grundsätzlich auf einem falschen Wege, und zwar

deshalb, weil die Schuldfrage des Kaisers aus dem persönlichen Rahmen überhaupt herausgehoben und auf das höhere Postament gehiebt werden muß, das sich aus der gesamten internationalen Lage im Juli 1914 ergibt. Von diesem allein zulässigen Standpunkte aus trägt die wahre Schuld am Ausbruch des Weltkrieges die von England gegen Deutschland betriebene Eingreifungspolitik, durch deren Wirkungen sich im Juli 1914 die Weltlage dermaßen ausgepöbelte hatte, daß die durch das Attentat von Sarajewo einmal ins Rollen gekommene Kriegswolke durch keine Macht eines einzelnen Menschen mehr aufhalten werden konnte. Graf v. Brudendorff-Rauhau hat mit Recht gesagt: „Es kommt darauf an, den Geist festzustellen, aus dem heraus Entschlüsse möglich waren, die den Tod von Millionen zur Folge hatten“. Dieser Geist aber war ein Ausfluß der Feindseligkeit und des Hasses gegen Deutschland auf Seiten der Entente, und er gehört auf die Anklagebank vor der Geschichte. Deswegen sind die sonstigen Anschuldigungen der Entente gegen den Kaiser keine solchen, die einer persönlichen Verantwortung unterliegen, sondern es sind aus der herben Notwendigkeit des Krieges hervorgegangene Handlungen der physischen Gewalt, die lediglich das geschichtliche und kulturelle Urteil der Zukunft zu gewärtigen haben. Nach alledem ist der Weg, den die deutsche Nation und ihre Regierung in Erfüllung ihrer ritterlichen Schutzpflicht gegenüber dem früheren Kaiser zu gehen haben, klar vorgezeichnet. Müssen wir schließlich der äußersten Gewalt weichen und den Kaiser im Widerspruch mit unseren Gesetzen und unseren natürlichen Empfindungen ausliefern, so wäre ein solches Vorgehen der Entente ein unerhörter Rechtsbruch, der seinen Urheberern dauernd zur Unehre gereichen würde.

König Manuel in Portugal.

Lissabon, 26. Jan. Es wird berichtet, daß der frühere König Manuel nach Ueberwinden des Infarkts am 26. Uhr morgens in Portugal eingetroffen ist.

Die Entente und der Bolschewismus.

(Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachr.)
Rotterdam, 26. Jan. Die „Times“ meldet aus Paris: Die Allierten haben in Ergänzung ihres Beschlusses, die russischen Regierungen zu Friedensverhandlungen einzuladen, ihre Grundzüge dahin formuliert, daß sie von den Bolschewiken die Wiederaufnahme von bürgerlichen Vertretern in die Reichsverwaltung und die Aufhebung des Terrors gegen die nicht regierenden Klassen als Voraussetzung zu Besprechungen verlangt. Es seien Anzeichen vorhanden, das die Bolschewik-Regierung sich nicht abfinden verhalten würde.

Genf, 26. Jan. (Via Drahtmeld.) Das Protokoll der Konferenz auf den Prinzipien-Frieden findet in Paris nicht nur eine sehr schlechte Presse, die zweifelhafte Behauptungen vom Quai d'Orsay folgt, sondern alle Anzeichen positiver Verständlichkeiten zeigen in der Frage der Verhandlungsrückstände einen harten Nix innerhalb der Verhandlungen der Konferenzteilnehmer, dessen Folgen schwer übersehbar sind. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer beschloß, Clemenceau und Wilson deshalb zu interpellieren und eine öffentliche Diskussion der Angelegenheit zu verlangen. — Der „Matin“ bringt außerst scharfe Proteste gegen die Konferenz mit Vertretern der Bolschewiken, in welchem es u. a. heißt: Nur im Gerichtssaal, niemals auf einer Konferenz werden sich die Auslandsrussen mit den Bolschewiken treffen.

Die Demobilisierung der Entente.

Genf, 26. Jan. (Via Drahtmeld.) Die Friedenskonferenz hat militärische Fragen in Beratung gezogen. Es wurde beschlossen, daß die Allierten nach einem gemeinsamen Plan demobilisieren sollen. Ferner soll eine internationalisierte Beobachtungsarmee und die Einheit des Oberbefehls auch fernerhin bestehen bleiben.

Die Landtagswahlen in Preußen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Jan. Der heutige Preußenwahltag ist bis in die späten Nachmittagsstunden hinein ohne irgendwelche nennenswerte Störung vor sich gegangen. Die Wahlbewegung war gegenüber dem Wahltag zur Nationalversammlung eine bedeutend schwächere und man konnte in allen Bezirken Groß-Berlins den Eindruck empfangen, daß das Interesse für die Wahlen gegenüber dem vorigen Sonntag allgem. erlahmt ist. Die langen Kolonnen vor den Wahllokalen waren heute nicht mehr zu bemerken. Ebenso zeigten sich im Stadtbild weniger Sicherheitsvorkehrungen, als am 19. Januar. Daß die Behörden selbst mit einer bedeutend schwächeren Wahlbeteiligung zufrieden waren, beweist schon die Tatsache, daß der Beginn des Wahlgeschäftes von 8 Uhr morgens auf 9 Uhr heraufgerückt worden war.

Berlin, 26. Jan. (Via Drahtmeld.) Die Beteiligung an den heutigen Wahlen zur preussischen Nationalversammlung war sehr schwach. Man schätzt, daß nicht einmal 65 Prozent wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung der Wähler an die Wahlurne geehrt sind. Der Wahltag verlief in allen Stadtteilen ruhig.

Der Fortgang der Verfassungsberatungen.

Berlin, 26. Jan. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Preuß hat am Sonntag die aus Vertretern sämtlicher deutscher Freistaaten bestehende Kommission verhandelt, um über eine provisorische Verfassung zu beraten. Es ist ein Beschluß auf dem Wege gekommen. Er unterliegt der Zustimmung der Reichsregierung.

Ansprache Wilsons an die Friedenskonferenz

Paris, 26. Jan. Präsident Wilson hielt heute an die Friedenskonferenz folgende Ansprache: „Ich betrachte es als ein besonderes Vorrecht, daß ich die Erörterungen der Konferenz über den Völkerbund eröffnen kann. Wir versammeln uns zu zweierlei Zwecken: Um die gegenwärtigen Vereinbarungen zu treffen, die durch den Krieg notwendig geworden sind, und auch um den Frieden der Welt nicht nur durch die letzten Vereinbarungen, sondern durch Abmachungen zu sichern, die wir auf der Konferenz zur weiteren Aufrechterhaltung des Friedens treffen. Der Völkerbund scheint mir notwendig für beide Zwecke. Es bestehen mancherlei komplizierte Fragen, die mit den gegenwärtigen Vereinbarungen zusammenhängen, und die vielleicht durch Entscheidungen, zu denen wir hier gelangen werden, nicht vollständig gelöst werden können.“

Wir versammeln uns hier zu einem Zweck, der über die Befestigung der gegenwärtig erforderlichen Vereinbarungen hinausgeht. Ich kann ohne Uebertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen, sondern der Völker sind. Es genügt nicht, irgendwo die Regierungskreise auf Friedensaufstellen. Es ist nötig, daß wir die

Öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenzustellen.

Wir haben die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht und daß der Friede gesichert werde. Die Vereinigten Staaten würden das Gefühl haben, nicht an der Garantie für diese europäischen Regelungen teilnehmen zu können, wenn diese Garantie nicht die dauernde Uebervachung des Weltfriedens durch die assoziierten Nationen einschließt. Daher müssen wir den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen, nicht zu einer formalen Angelegenheit, zu einer Gelegenheitsfrage, zu einem Ding, das manchmal ins Leben gerufen wird, um dringenden Anforderungen zu genügen, sondern zu einem Wesen, das allezeit tätig ist, um die Interessen der Nationen zu überwachen, und dessen Fortbestehen notwendig ist. Es soll

Das Auge der Nationen

sein, das über die gemeinsamen Interessen wacht. Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren würden, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Lohn unserer Mitbürger zuziehen. Wir werden es nicht wagen, auch nur einen einzigen Punkt des Programms unserer Instruktionen umzustößen. Wir werden nicht wagen, als Vorkämpfer der Sache dieses Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen. In der Beachtung des Grundgesetzes, daß wir nicht die Herren irgendeines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind, kurz gesagt, zu dem Zwecke hier, um darauf zu halten, daß mit den

Grundlagen dieses Krieges

aufgeräumt wird, jenen Grundlagen, die von kleinen Koterien von Herrschern und Militärschäben errichtet wurden, den Grundlagen des Angriffes großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichen mit widerstrebenden Untertanen durch den Zwang der Waffen. Nichts weniger als die Befreiung der Welt von diesen Dingen wird den Frieden herbeiführen. Sie können daraus ersehen, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten aus diesem Grunde niemals in Verlegenheit darüber gebracht werden, welchen Weg sie als den zweckmäßigsten einschlagen wollen, weil sie für sich unabänderliche Grundzüge festgelegt haben, und diese Grundlinien für eine Regelung wurden Gott sei Dank von allen den hochherzigen Männern angenommen, die mit denen, die diesem großen Unternehmen dienen, zu tun hatten.

Wenn ich hier durch die Straßen gehe, sehe ich überall die amerikanische Uniform.

Diese Männer kamen in den Krieg, nachdem wir bereits unsere Absicht ausgesprochen hatten, sie kamen als Kreuzfahrer, nicht nur um den Krieg zu gewinnen, sondern um der guten Sache zum Siege zu verhelfen. Ich schulde ihnen Verantwortung, denn mir ist die Aufgabe zugefallen, das Programm, für das ich sie zum Kampfe aufforderte, zu formulieren. Ich habe zu meiner Freude von Tag zu Tag mehr gefunden, daß wir in dieser Sache nicht allein stehen, denn überall befinden sich Verehrer dieser guten Sache. Ich habe nur versucht, Ihnen in dem, was ich sagte, ein Bild von der Quelle der Begeisterung zu geben, die wir für diese Sache fühlen, denn es scheint mir, daß diese Quelle aus all den alten Unbilden und Sympathien der Menschheit hervorbricht. Es scheint, daß bei diesem Unternehmen der innerste Pulsschlag der Welt sichtbar wird.“